

Frau Hanka Mittelstädt
Ministerin für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt
und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 2-13

14467 Potsdam

FREIE BAUERN Brandenburg
(Bauernbund Brandenburg e.V.)

Geschäftsführer: Reinhard Jung

Lennewitzer Dorfstraße 20
19336 Legde/Quitzebel
Telefon: 0173-3511680

jung@bauernbund-brandenburg.de
www.bauernbund-brandenburg.de

25. Juli 2025

Gemeinsame Agrarpolitik ab 2028

Sehr geehrte Frau Mittelstädt,

Ihre Kritik an den kürzlich von der EU-Kommission vorgelegten Plänen für die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2028 teilen wir. Auch wenn diese Pläne natürlich nicht genau so umgesetzt werden, halten wir es für erforderlich, schon jetzt auf grundlegende Fehler aufmerksam zu machen und zu verdeutlichen, wie sich der bäuerliche Berufsstand in Brandenburg zu den Vorschlägen positioniert.

Mit der geplanten erheblichen Kürzung des Agrarhaushalts kündigt die EU-Kommission einen seit den Römischen Verträgen 1957 geltenden Konsens auf, dass nämlich die Gemeinsame Agrarpolitik die Versorgung der Bevölkerung sichern und die landwirtschaftlichen Einkommen verbessern soll. Fast siebenzig Jahre lang wurde das Preisgefälle zum Weltmarkt zunächst durch Zölle, später durch Zahlungen auf die Produkte und schließlich durch Zahlungen auf die Fläche mehr oder weniger ausgeglichen. Jetzt sollen erstmals offen nicht nur die ohnehin inflationsbedingt zusammengeschrumpften Zahlungen abgebaut werden, sondern durch gleichzeitige Ausweitung des Freihandels wird die europäische Landwirtschaft zudem schutzlos dem Preisdruck aus Agrarüberschussländern mit niedrigeren sozialen und ökologischen Standards ausgeliefert. Die FREIEN BAUERN haben bereits bei Bekanntwerden der Pläne im Oktober letzten Jahres erklärt, dass kaum ein Landwirt mit dem gegenwärtigen, durch Bürokratie und Bevormundung geprägten System staatlicher Ausgleichszahlungen glücklich ist, dass dessen Abbau aber einher gehen muss mit dem Wiederaufbau eines effektiven Zollschatzes. Anderenfalls wird Weizen aus der Ukraine und Rindfleisch aus Brasilien uns zunehmend unfaire Konkurrenz machen, ohne dass wir die daraus resultierenden Verluste noch irgendwie ausgleichen können. Wie bei der absehbaren Verschlechterung der landwirtschaftlichen Einkommen dann die Versorgung der Bevölkerung gesichert werden soll, bleibt das Geheimnis der EU-Kommission. Agrarpolitik, Handelspolitik und Sicherheitspolitik müssen jedenfalls zusammen gedacht werden, denn die Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft ist für unsere Gesellschaft überlebenswichtig.

Unabhängig vom Umfang der Kürzungen bleibt der Agrarhaushalt eine finanzielle Größenordnung, über deren zweckmäßige Verteilung diskutiert werden sollte. Mit ihren Vorschlägen zielt die EU-Kommission weniger auf positive agrarstrukturelle oder agrarökologische Effekte, sondern scheint vorrangig das damit erreichbare Einsparpotenzial im Blick zu haben. Die von uns grundsätzlich begrüßte Degression und Kappung der Direktzahlungen muss an die Struktur der leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetriebe in Brandenburg angepasst und um einen Passus ergänzt werden, der überregionale Investoren ausschließt. Dass nach gegenwärtigem Stand ein Immobilienspekulant aus Nordrhein-Westfalen Anspruch auf Förderung hat, ein märkischer Bauer im Rentenalter aber nicht, ist niemandem zu erklären. Bei den Umweltprogrammen müssen Mittel umgelenkt werden, weg von der Flächenstilllegung hin zu ökologisch besonders wertvollen Produktionsverfahren und Landschaftselementen. In all diesen Fragen der Ausgestaltung verfügen die FREIEN BAUERN Brandenburg über langjährige Expertise und können Ihnen – zugeschnitten auf die jeweiligen Vorgaben aus Brüssel – konstruktiv zuarbeiten. Wir würden uns sehr freuen, wenn Ihr Einsatz für die heimische Landwirtschaft auch bei der Gemeinsamen Agrarpolitik Früchte trägt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hintze', written in a cursive style.

Marco Hintze
Präsident